



## Aktueller Begriff

### Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

#### 30. Januar 1933 – Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Damit hatte Hitler ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zur Errichtung einer nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland erreicht.

#### Die Entwicklung der NSDAP (1928-1933)

Lange Zeit war die NSDAP eine Splitterpartei, die bei der Reichstagswahl 1928 gerade einmal 2,6 Prozent der Stimmen für sich beanspruchen konnte. Obwohl die Nationalsozialisten nach dem gescheiterten Putschversuch vom 9. November 1923 ihre Strategie geändert hatten und auf „legalen“ Weg versuchten, die Macht zu erringen, blieb die erhoffte Unterstützung in der Bevölkerung zunächst aus. Erst im Zuge der sich verschärfenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise der Weimarer Republik in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre konnte sich die NSDAP zu einem ernst zu nehmenden Machtfaktor entwickeln. Einen bedeutenden Prestigeerfolg errang die Partei, die stets ihr Selbstverständnis als „Bewegung“ betonte, durch ihre Beteiligung an der Agitation gegen den Young-Plan, der die den Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg auferlegten Reparationsverpflichtungen definitiv regeln sollte. Trotz der Agitation scheiterte ein Volksbegehren im Dezember 1929. Die während dieser Kampagne erstmals in größerem Umfang praktizierte Zusammenarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei und dem Frontkämpferverband „Stahlhelm“ trug wesentlich dazu bei, der NSDAP in rechtsnationalen Kreisen Akzeptanz zu verschaffen. Nach mehreren Erfolgen bei Landtags- und Kommunalwahlen folgte schließlich der Durchbruch bei den Reichstagswahlen im September 1930. Die stark von den Folgen der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 beeinflusste Wahl läutete mit einer massiven Schwächung der demokratischen Kräfte und einer Stärkung des links- und rechtsextremen Lagers den Untergang der Weimarer Republik ein. Die bis dahin politisch unbedeutende NSDAP konnte sich mit einem Stimmenanteil von 18,3 Prozent hinter der SPD (24,5 Prozent) als zweitstärkste Partei und bedeutsamer politischer Faktor im politischen System der Weimarer Republik etablieren.

#### Die Präsidialkabinette

Nach dem Scheitern der Großen Koalition unter Kanzler Hermann Müller begann die Zeit der sogenannten Präsidialkabinette. Diese waren ohne eigene parlamentarische Mehrheit auf das Wohlwollen des Reichspräsidenten angewiesen und regierten im Wesentlichen mit Hilfe des dem Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung zugestandenen Notverordnungsrechts, das der Historiker Karl-Dietrich Bracher als „präsidiale Reserveverfassung“ bezeichnete. Zunächst ernannte Reichspräsident Hindenburg den Zentrumsolitiker Heinrich Brüning zum Reichskanzler. Er erhöhte die direkten und indirekten Steuern, baute staatliche Sozialausgaben ab und kürzte die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst – verschärfte durch diese Deflationspolitik aber die wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise. Brüning versuchte in den Verhandlungen mit den Siegermächten die Streichung der deutschen Reparationszahlungen durchzusetzen. Im Oktober 1931 gründeten NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Reichslandbund und Alldeutscher Verband in Bad Harzburg auf Initiative Alfred Hugenberg (DNVP) die „Harzburger Front“ der nationalsozialistischen Rechten. Das von NSDAP und DNVP hierauf im Reichstag initiierte Misstrauensvo-

tum scheiterte jedoch an den Gegenstimmen der SPD, die in Brüning das „kleinere Übel“ gegenüber Hitler sah. Bei der Reichspräsidentenwahl 1932 unterstützte die SPD Hindenburg gegen Hitler. Hindenburg war enttäuscht, dass er seinen Wahlsieg in erster Linie der Unterstützung der Sozialdemokraten zu verdanken hatte. Die konservativ-reaktionären Kräfte, an denen er sich orientierte, hatten mehrheitlich nicht für ihn gestimmt. Infolge dessen und wegen Brünings erfolgloser Innenpolitik entließ Hindenburg Brüning und ernannte Franz von Papen zum Kanzler. Sein Kabinett bestand mehrheitlich aus Ministern ohne parteipolitische Bindung und wurde lediglich von DVP und DNVP, die zusammen über ca. 11,5 Prozent der Reichstagsmandate verfügten, unterstützt, so dass er weitestgehend auf die Rückendeckung des Reichspräsidenten und seines konservativen Beraterkreises angewiesen war. Das Ziel Papens war, durch eine Reform der Weimarer Verfassung einen autoritären Staat zu schaffen. Auf dem Weg dahin enthub Papen mit Hilfe von Notverordnungen die preußische Landesregierung ihres Amtes (sog. Preußenschlag). An deren Stelle trat er selbst als „Reichskommissar“. In den folgenden Neuwahlen zum Reichstag im Juli des Jahres 1932 wurde die NSDAP stärkste Partei und erhielt 37,3 Prozent der Stimmen. Doch sämtliche Angebote für eine Regierungsbeteiligung und Zusammenarbeit mit Papen scheiterten an Hitlers Forderung nach der Kanzlerschaft. Bei erneuten Reichstagswahlen im November 1932 verlor die NSDAP zwar 4,2 Prozent der Stimmen, blieb aber stärkste Kraft. Als Papen auch nach diesen Wahlen Hitler nicht zu einer Zusammenarbeit bewegen konnte, trat seine Regierung zurück und wollte ohne Neuwahlen weiter regieren, was einen Verfassungsbruch dargestellt hätte. Dagegen intervenierte Reichswehrminister Schleicher. Er befürchtete eine Verwicklung der Reichswehr in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten einerseits und mit militanten Gruppen der Arbeiterbewegung andererseits. Schließlich wurde er selbst von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Schleicher wollte ein Bündnis („Querfront“) zwischen den Gewerkschafts- und Arbeitnehmerflügeln aller Fraktionen im Reichstag schaffen. Er versuchte Gregor Strasser aus dem Arbeiterflügel der NSDAP dafür zu gewinnen und die NSDAP dadurch zu spalten. Jedoch setzte sich Hitler gegen seinen innerparteilichen Gegner Strasser durch. Schleichers Plan war damit gescheitert, und Hindenburg beauftragte von Papen mit Verhandlungen über eine Regierungsbildung.

### **Die „Zähmung“ Hitlers**

Seit Januar 1933 verhandelten Papen, Hitler und Hugenberg über ein neues Regierungsbündnis. Die Einigung gelang am 22. Januar bei einem Gespräch in Berlin. Daran nahmen Hitler, Göring, Frick, Papen, Staatssekretär Meißner und Oskar von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, teil. Hitler, als Reichskanzler, sollte mit zwei Nationalsozialisten (Frick und Göring) vom Rest des Kabinetts, das durch konservative Kräfte besetzt werden sollte, „eingerahmt“ sein. Papen selbst sollte als Vizekanzler einen Gegenpol zu Hitler bilden. Weil sich auch die Berater des Reichspräsidenten für eine Ernennung Hitlers aussprachen, entschloss sich Hindenburg schließlich zur Ernennung des Anführers der Nationalsozialisten zum Reichskanzler. Am 30. Januar 1933, zwei Tage nach dem Rücktritt Schleichers, ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler.

Die drei Nationalsozialisten waren in der Regierung in der Minderheit. Dennoch besetzten sie strategisch wichtige Schlüsselpositionen, die es ihnen ermöglichten die „Einrahmung“ in kurzer Zeit zu sprengen. Damit war das von den konservativen Kräften verfolgte „Einrahmungskonzept“ zum Scheitern verurteilt. Hitler bestimmte als Kanzler die „Richtlinien der Politik“ (Art. 56 Weimarer Verfassung); Frick als Innenminister und Göring, dem als Minister ohne Geschäftsbereich das preußische Innenministerium mit dem größten Polizeiparapparat des Deutschen Reiches unterstand, kontrollierten die Polizei. Der Reichswehr stand mit Blomberg zusätzlich ein Sympathisant der Nationalsozialisten vor. Hitler wurde die Macht von den reaktionären Kräften übertragen, die mit der Zerstörung der Weimarer Demokratie begonnen hatten, aber die von ihnen favorisierte Umwandlung der Weimarer Republik nicht durchsetzen konnten.

#### Literatur:

- Bönisch, Georg (2008). Republik in Not, in: Spiegel Special Geschichte, „Hitlers Machtergreifung“, S.8-18.
- Broszat, Martin (1984). Die Machtergreifung, 1. Auflage München.
- Höhne, Heinz (1983). Die Machtergreifung, Hamburg.
- Jasper, Gotthard (1986). Die gescheiterte Zähmung, 1. Auflage Frankfurt am Main.
- Ruge, Wolfgang (1983). Hitler, Weimarer Republik und Machtergreifung, Berlin.